

Stand: 04.04.2026 16:55:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10180

"Ländliches Kernwegenetz stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10180 vom 24.02.2016
2. Beschluss des Plenums 17/10226 vom 25.02.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 66 vom 25.02.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Ländliches Kernwegenetz stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zeitnah mündlich und schriftlich über den Stand der Initiative Ländliche Kernwegenetze zu berichten.

Neben dem genauen Planungs- und Umsetzungsstand ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Trifft es zu, dass bei einer Einbeziehung von Grunderwerbs-, Planungs- und Gutachterkosten in die Gesamtrechnung der Ausbaumaßnahmen die angekündigten Fördersätze von 60 bis 85 Prozent bei weitem nicht erreicht werden und diese oftmals nur bei 25 bis 40 Prozent liegen?
- Welche Landes- und Bundesmittel sowie europäischen Fördermittel können für das Kernwegenetz herangezogen werden und wieviel Geld steht in diesen Töpfen in diesem und in den nächsten Jahren voraussichtlich zur Verfügung?
- Wie viele der zur Verfügung stehenden Mittel sind bereits ausgeschöpft bzw. verplant?
- Sind die Ämter für Ländliche Entwicklung (ALE) ausreichend mit Personal und Finanzmitteln ausgestattet, um die Initiative Ländliche Kernwegenetze angemessen operativ begleiten zu können?
- Sind Fälle bekannt, in denen Kommunen nicht geförderte Kosten auf die jeweiligen Anlieger der auszubauenden Kernwege umgelegt haben bzw. umlegen wollen?

Begründung:

In einer Regierungserklärung im Jahr 2014 kündigte Herr Staatsminister Helmut Brunner die Initiative Ländliche Kernwegenetze zur Verbesserung der Agrarinfrastruktur an. Damit soll eine gemeindeübergreifende und multifunktional angelegte Ertüchtigung des ländlichen Hauptwirtschaftsnetzes erfolgen. Je nach Förderart sollen hohe Fördersätze von 60 bis 85 Prozent der Gesamtkosten erreicht werden können.

Infolge der Ankündigung machten sich viele Kommunen und Integrierte Ländliche Entwicklungen (ILE) an die Planung und Umsetzung. Leider stellt sich in der Praxis oftmals heraus, dass die Kommunen in teils erhebliche Vorleistungen für Grunderwerb, Planung, Gutachten etc. gehen müssen, die von den Förderungen nicht umfasst sind. Dies führt dazu, dass die Förderung der Gesamtkosten vielerorts weit unter 50 Prozent bleibt. Besonders für ohnehin finanzschwache Kommunen in peripheren, ländlichen Gebieten ist der daraus resultierende hohe Eigenanteil kaum zu bewältigen.

Auch gibt es Hinweise, dass die Ämter für Ländliche Entwicklung (ALE) mit zu wenig Personal und Mitteln ausgestattet sind, um eine flächendeckende und angemessene Umsetzung der Initiative Ländliche Kernwegenetze gewährleisten zu können.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/10180

Ländliches Kernwegenetz stärken

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zeitnah mündlich und schriftlich über den Stand der Initiative Ländliche Kernwegenetze zu berichten.

Neben dem genauen Planungs- und Umsetzungsstand ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Trifft es zu, dass bei einer Einbeziehung von Grunderwerbs-, Planungs- und Gutachterkosten in die Gesamtrechnung der Ausbaumaßnahmen die angekündigten Fördersätze von 60 bis 85 Prozent bei weitem nicht erreicht werden und diese oftmals nur bei 25 bis 40 Prozent liegen?
- Welche Landes- und Bundesmittel sowie europäischen Fördermittel können für das Kernwegenetz herangezogen werden und wieviel Geld steht in diesen Töpfen in diesem und in den nächsten Jahren voraussichtlich zur Verfügung?
- Wie viele der zur Verfügung stehenden Mittel sind bereits ausgeschöpft bzw. verplant?
- Sind die Ämter für Ländliche Entwicklung (ALE) ausreichend mit Personal und Finanzmitteln ausgestattet, um die Initiative Ländliche Kernwegenetze angemessen operativ begleiten zu können?
- Sind Fälle bekannt, in denen Kommunen nicht geförderte Kosten auf die jeweiligen Anlieger der auszubauenden Kernwege umgelegt haben bzw. umlegen wollen?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Thorsten Schwab

Abg. Eva Gottstein

Abg. Horst Arnold

Abg. Ulrich Leiner

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt die Dringlichkeitsanträge aufrufen, die für den heutigen Plenartag eingereicht worden sind.

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,

Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Ländliches Kernwegenetz stärken (Drs. 17/10180)

Ich eröffne die Aussprache und darf als Erstem Herrn Kollegen Muthmann das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seitens der CSU-Fraktion besteht an dem Thema ländlicher Raum, wie mir scheint, jedenfalls so kurz nach der Mittagspause, noch nicht das Interesse,

(Zuruf von der CSU: Bei euch auch nicht!)

das dem ländlichen Raum eigentlich zukommen sollte. – Schade! Gleichwohl, sehr geehrter Herr Minister, ist uns der ländliche Raum – wie ich hoffen will – ein wichtiges gemeinsames Anliegen, das wir heute mittels unseres Dringlichkeitsantrags besprechen wollen.

Der Minister hat in seiner Regierungserklärung im Juli 2014 unter dem Abschnitt "vitale ländliche Räume" auch die Initiative Ländliche Kernwegenetze angekündigt – aber nicht nur das: Damit sind auch Erwartungen verbunden und Hoffnungen geweckt worden, die jetzt möglicherweise enttäuscht werden. Gegenstand unseres Antrags ist eine Evaluierung dessen, was damals sinnvollerweise angekündigt worden ist. Die Gemeinden brauchen die Unterstützung. Die Gemeinden erwarten diese Unterstützung. Sie wollen mit dem Förderinstrumentarium in der Tat arbeiten.

Ich darf in Erinnerung bringen, was angekündigt worden ist, nämlich Fördersätze bei Flurneuordnungsverfahren bis zu 85 %, außerhalb solcher Flurneuordnungsverfahren bis zu 75 % und im Rahmen von ELER-Zuschüssen und -förderverfahren bis zu 60 %. Wir bekommen nun Zurufe von den Gemeinden, die sich auf den Weg gemacht haben. Gutachten sind erstellt worden. Auch kommunale Zusammenarbeit ist vereinbart worden. Dies alles ist auch richtig und wichtig. Auch nach unserer Überzeugung sind dies Instrumente, um die Dinge besser und kraftvoller erledigen zu können, als wenn jede Gemeinde die Dinge einzeln anpackt.

Wegenetze, gerade im landwirtschaftlichen Bereich, nehmen weniger auf politische Grenzen als vielmehr auf wirtschaftliche Strukturen Rücksicht, weswegen auch diesbezüglich kommunale Zusammenarbeit wichtig ist. Für erforderlich gehaltene Gutachten sind jetzt erstellt worden, auch mit Bezuschussung von bis zu 75 %. Jetzt geht es an die Umsetzung. Jetzt stehen die Entscheidungen an: Welche Wege gehören zu diesen Kernwegen, und wie können sie in den nächsten Monaten und Jahren verbessert werden? Nicht nur landwirtschaftliche Fahrzeuge werden immer größer und schwerer; auch andere Verkehrsteilnehmer und andere Funktionen sind auf ein funktionierendes Wegenetz angewiesen.

Wenn wir jetzt mit den Gemeinden, die in diese Verfahren gegangen sind, sprechen und fragen, wie es denn mit den Verfahren steht, bekommen wir vielfach – zwar immer punktuell, aber in der Summe ergibt das ein Gesamtbild – enttäuschte Kommentare: von wegen Förderquoten, die angekündigt waren. Die tatsächlichen Förderquoten – so wird gesagt –, gemessen am Gesamtfinanzvolumen des jeweiligen Projekts, liegen deutlich unter 50 %, ja sogar unter 40 %. Das, lieber Minister, muss uns besonders deswegen zu denken geben, weil dies in Konstellationen mit Förderquoten von 30 % oder 40 % bedeutet, dass diese Programme vor allem wirtschaftlich gesunde Gemeinden nutzen können, die einen Fördersatz von 30 % oder 40 % des Gesamtvolumens gerne mitnehmen und sich einen Eigenanteil von 60 % leisten können. Diejenigen Kommunen aber, die wirtschaftlich schwach sind, die schon heute Schwierigkeiten

haben, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen, können in solchen Konstellationen den Eigenanteil nicht stemmen. Diejenigen Kommunen, für die solche Projekte und Förderprogramme insbesondere gedacht waren und gedacht sind, können diese eben nicht in Anspruch nehmen. Dies ist das Dilemma, auf das immer wieder hingewiesen wurde und auf das wir auch in dieser Runde hinweisen wollen.

Jetzt wollen wir genau wissen – das ist Inhalt unseres Antrags –: Wie sieht es mit den tatsächlichen Förderquoten aus? Wie sieht es mit den Perspektiven aus? Wie viel Geld steht insgesamt zur Verfügung? Welche Erwartungen dürfen die Gemeinden tatsächlich haben? Wenn das Ergebnis enttäuschend sein sollte – dies ist unser Eindruck –, werden wir uns auch in dieser Runde damit befassen müssen, was wir an Verbesserungen ermöglichen können, sei es durch Umschichtungen innerhalb des Haushalts oder gegebenenfalls durch Korrekturen im Doppelhaushalt der nächsten Jahre. Mit dem, was uns seitens der Gemeinden als Bewertung zugerufen wird, wollen wir uns nicht zufrieden geben. Die Sorge der Kommunen ist an dieser Stelle auch unsere. Wir haben uns immer für kommunale Zusammenarbeit, für die Stärkung des ländlichen Raumes und für gleichwertige Lebensbedingungen stark gemacht. Das Kernwegenetz ist ein Bestandteil dieser Gesamtzielsetzung, auf die wir großen Wert legen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, deswegen bitten wir Sie, diesem Dringlichkeitsantrag stattzugeben, weil er für uns Grundlage und Basis für eine seriöse Bewertung dieses sinnvollerweise auf den Weg gebrachten Förderprogramms ist, um gegebenenfalls auch Korrekturen anzubringen. Deswegen noch einmal zusammengefasst: Wir bitten um Ihre Unterstützung. Die Informationen sind unverzichtbar, um die Dinge in die richtigen Wege zu leiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schwab, bitte schön.

Thorsten Schwab (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER haben im Prinzip einen Berichts Antrag zum Ländlichen Kernwegenetz gestellt. In diesem Hohen Hause ist es gute Gepflogenheit, Berichts anträgen zuzustimmen. Allerdings stellt sich die Frage, warum dieser Berichts Antrag nicht gleich im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gestellt worden ist. Dort wäre er selbstverständlich auch von uns befürwortet worden.

(Beifall bei der CSU)

Man muss sich fragen, warum das jetzt im Plenum hochgezogen wird. Freilich ist die ländliche Entwicklung ein wichtiges Thema. Im Plenum einen Berichts Antrag zu stellen, der dann im Ausschuss behandelt wird, ist aber unnötig. Aber das gibt natürlich die Gelegenheit, die wichtigen Themen ländliche Entwicklung und ländlicher Raum und Förderung der Kommunen im Plenum besser zu beleuchten.

Ich bin selber Bürgermeister einer Gemeinde. Ich weiß, dass die Förderungen für die Kommunen einerseits von den Regierungen als wichtiger Ansprechpartner bewilligt werden; aber die zweite wichtige Behörde im kommunalen Bereich sind unbestritten die Ämter für Ländliche Entwicklung. Es gibt sieben solche Ämter für Ländliche Entwicklung in Bayern. Dort werden die Dorferneuerungsverfahren abgewickelt, und dort besteht die Zuständigkeit für Flurneuordnungen sowie für die integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte, die mittlerweile von 700 Gemeinden in Bayern genutzt werden. 700 Gemeinden sind in 90 kommunalen Allianzen miteinander verbündet. Die Zusammenarbeit der Kommunen ist ein ganz wichtiger Bestandteil, um der demografischen Entwicklung ein bisschen entgegenzuwirken. Hier leisten die Ämter für Ländliche Entwicklung eine gute Arbeit. Es gibt höhere Fördersätze für Gemeinden, die in ILE-Verfahren unterwegs sind. Ein ILE-Verfahren ist die Voraussetzung für eine Förderung des Kernwegenetzes. Der Berichts Antrag beschränkt sich auf das Kernwegenetz. Natürlich wird im Landwirtschaftsausschuss darüber berichtet.

Aber die Ämter für Ländliche Entwicklung sind nicht nur für das Kernwegenetz zuständig, sondern von dort aus werden auch Dorferneuerungsverfahren durchgeführt. Das ist einmalig in ganz Deutschland. Jährlich werden 50 Millionen Euro für den ländlichen Raum zur Verfügung gestellt. Dorfplätze werden gestaltet, Straßenzüge neu gestaltet und Bürgerhäuser und Dorfgemeinschaftshäuser gefördert. All das steigert die Attraktivität der Kommunen und ist in dem Ressort Landwirtschaft enthalten. Das bedeutet neben dem kommunalen Finanzausgleich eine weitere finanzielle Entlastung für unsere Kommunen.

Es gibt neue Initiativen im Ressort Landwirtschaft, nämlich die Kernwegenetze im Rahmen der ILE-Verfahren, Boden- und Gewässerschutz sowie Begleitung der inneren Entwicklung der Gemeinden. Eine bessere Unterstützung finanzschwacher Kommunen ist auf den Weg gebracht worden, genauso Unterstützungen bei der Erarbeitung von Neuordnungen im Zuge von Hochwasserschutz, sowie nicht zuletzt Hilfe bei der Entwicklung von Gemeindeentwicklungskonzepten. – Es ist eine ganz wichtige Sache, hier im Bayerischen Landtag auch einmal die ländliche Entwicklung zu loben. Herzlichen Dank dafür an das Ministerium mit dem Herrn Staatsminister an der Spitze, aber vor allem an die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ämtern für Ländliche Entwicklung,

(Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Viele sind das nicht!)

die als Partner der Kommunen eine ganz tolle Arbeit für die Kommunen leisten. – Dem Berichtsantrag stimmen wir natürlich zu. Im Landwirtschaftsausschuss werden wir dann lauschen und die genauen Fördersummen hören.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, verbleiben Sie bitte am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung. – Frau Kollegin Gottstein, bitte.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege Schwab, Sie haben sich gerade etwas abfällig geäußert, dass wir einen Bericht fordern. Ihnen ist wohl bekannt, dass Sie heute ebenfalls einen Berichtsantrag im Zusammenhang mit den Parteien gestellt haben?

Thorsten Schwab (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ja, aber trotzdem wäre es eine ganz einfache Übung gewesen, diesen Antrag im Landwirtschaftsausschuss zu stellen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Für euch auch!)

Das wäre kein Problem gewesen, das dort zu machen. Da hätten wir auch zugestimmt. Aber wir stimmen zu. Insofern gibt es da gar keine Probleme, oder?

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: der Kollege Arnold. – Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Arnold (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein sehr guter Antrag, und zwar deshalb, weil er eine Fallstudie ist, wie in Regierungserklärungen in diesem Plenum Programme angekündigt werden, dann findet eine Euphorisierung statt, die Herolde der Staatsregierung gehen in den ländlichen Raum hinaus und sagen: Jetzt haben wir Geld für das Kernwegenetz. Dies führt zu einer Dynamisierung im ländlichen Raum. Man misst aus. Man erwartet Zuschüsse in Höhe von 70 %. In der Tat: Einer der Leidtragenden dieser Entwicklung ist der Kollege Herold, der bitter hat einräumen müssen, dass die vorhandenen Geldmittel, die von Herrn Brunner in seiner Regierungserklärung am 1. Juli angekündigt worden sind, bei Weitem nicht ausreichen, um diese Ankündigungen zu erfüllen.

Es ist nötig, diese Fallstudie hier ins Plenum hochzuziehen, weil so klar und deutlich wird: Immer wird etwas angekündigt, mit bunten Bildern versehen, Schnappschuss,

und weg. Dann haben wir in der Ebene das Problem, darüber zu diskutieren, wie es aussieht. Dann höre ich in der Diskussion in Neustadt/Aisch Herrn Kollegen Herold um Verständnis werben, dass die Mittel knapp sind. – Na klar, es ist auch bekannt, dass zu wenig Personal an den Ämtern ist. Sicherlich machen die Leute gute Arbeit, aber sie sind zu wenige. Im Flurbereinigungswesen sind mittlerweile Bearbeitungszeiten von bis zu zehn Jahren festgestellt worden. Dort wird es auch nicht besser. Da muss Kollege Herold sagen: Wir haben auch wegen der Flüchtlingssituation plötzlich weniger Geld. Da wird es dann sehr heikel, weil Kernwege, die 2014 ausgelobt worden sind und jetzt nicht finanziert werden können, mit der Flüchtlingssituation gleichgesetzt werden. Das ist kein sauberes politisches Spiel. Deswegen ist es wichtig, dass das im Plenum mal zur Sprache kommt.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben über 310.000 km Wege in Bayern, die von der Landwirtschaft und darüber hinaus von allen Bürgerinnen und Bürgern, Radfahrern, Joggern, genutzt werden. Viele der Wege sind in einem schlechten Zustand – der Kollege hat es schon angeschnitten –, auch deswegen, weil die Maschinen schwerer werden und die Benutzung zunimmt. Die Kommunen haben in der Tat ein großes Bedürfnis, dass diese Struktur verbessert wird. Das ist auch eine Verbesserung der Lebensqualität. Das ist vollkommen richtig.

Aber so das ist keine Erfindung von Herrn Brunner. Wir haben bereits im Jahr 2009 mit dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/788 zum Doppelhaushalt 2009/2010 versucht, 2,5 Millionen Euro dafür bereitzustellen. Damals hat der geschätzte Kollege Eckstein seitens der CSU dazu geäußert, die Mittel seien zwar im März 2007 eingestellt, also gekürzt worden, aber im Januar 2008, weil die Probleme zu groß geworden seien, wieder eingeführt worden, und es gebe weiterhin Förderung in Höhe von 4,7 Millionen Euro; der Antrag der SPD sei deshalb überflüssig und sollte zurückgezogen werden; andernfalls müsse ihn die CSU ablehnen. – Toll. Und dann kommt eine Regierungserklärung, die das ankündigt, und wir müssen Ihnen sagen, all diese Erklä-

rungen, soviel zum Plenum, waren damals schon überflüssig. Hätten Sie damals schon die von uns beantragten 2,5 Millionen Euro eingestellt, müssten wir jetzt nicht rumeiern, weil wir nahezu kein Geld und zu wenig Personal haben.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Antrag wird heute wahrscheinlich nicht besprochen. Aber trotzdem: Sie wollen nicht die personellen Konsequenzen ziehen. Bei diesen Ämtern wird immer noch radikal gekürzt. Die Menschen dort müssen jedoch arbeiten können. Sie haben den Verbund, den Zusammenschluss der Gemeinden angesprochen. Das ist richtig. Die Gemeinden schließen sich zusammen, um Ergebnisse zu erzielen. In diesem Zusammenhang ist aber festzustellen: Die Gemeinden schließen sich vergeblich zusammen. Sie erwarten etwas, bekommen aber nichts. Sie werden getröstet, und dann greift das Windhundprinzip: Wer zuerst zusammengezählt hat, kommt möglicherweise an die Fördermittel heran. Die erwartete Quote ist aber viel zu gering, und der Rest bleibt trocken.

Herr Brunner, das ist nicht der bayerische Weg, den wir uns vorstellen. Wir wollen das gleiche Recht für alle Teile Bayerns. Es darf nicht nach dem Prinzip gehen: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Das ist unbayerisch. Das ist egoistisch. Außerdem ist es nicht würdig, so Politik zu betreiben. Deshalb ist dieser Berichtsantrag wichtig. Dann wird Farbe bekannt, hoffe ich. Dann werden wir weitersehen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, eine Zwischenbemerkung?

(Hans Herold (CSU): Bin ich zu spät?)

Dann später. – Vielen Dank, Herr Kollege Arnold. – Jetzt hat Herr Kollege Leiner das Wort. Bitte.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Brunner, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung 2014

die Initiative Ländliche Kernwegenetze zur Verbesserung der Agrar-Infrastruktur angekündigt – ich sage ausdrücklich: "angekündigt". Die Maschinen in der Landwirtschaft werden immer größer und schwerer. Die zunehmende Verpachtung weit entfernter Flächen und der Transport organischer Stoffe zu Biogasanlagen führen zu immer mehr landwirtschaftlichem Verkehr und immer größeren Fahrzeugen, gerade auf unseren Gemeindeverbindungsstraßen. Langfristig und nachhaltig betrachtet, müssen wir uns allerdings die Frage stellen: Wollen wir das? Wollen wir die Zunahme dieses Verkehrs auf unseren Straßen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, viele Kommunen haben, angespornt durch die hohen Fördersätze, Anträge gestellt und Pläne zur Umstellung erarbeitet. Bei den Kernwegen gibt es ein Konzept, bei dem die Dringlichkeit eingestuft wird. Nach unseren Berechnungen sind kurzfristig 5 Millionen Euro, langfristig 20 bis 30 Millionen Euro pro ILE-Gebiet erforderlich. Bei den 33 aktuell laufenden Kernwegenetzgebieten würde das kurzfristig 165 Millionen Euro kosten. Da bin ich gespannt. Langfristig würden noch einmal 750 Millionen Euro erforderlich werden. Also lassen wir derzeit nur Projekte planen, die circa 30.000 Euro – das ist der Durchschnitt der Planungen – erfordern. Dass diese Planungen nicht umgesetzt werden können, ist eine Tatsache, die wir in unseren Dörfern und Gemeinden sehen. Dies führt zu schweren Enttäuschungen. Das sage ich Ihnen.

Auch wenn wir aufgrund der Förderung positive Beispiele durch gut ausgebildete ILEs haben, müssen die nicht über Zuschüsse gedeckten Kosten von den Kommunen gestemmt werden, die dafür oft über keine Mittel mehr verfügen, weil sie wesentlich höhere Zuschüsse, die ebenfalls in diesem Programm stehen, erwartet haben. Kurz gesagt: Weder die Bayerische Staatsregierung noch die Kommunen haben für die geplanten und versprochenen Maßnahmen Geld. Aufgrund der leeren Töpfe wird die Umsetzung wohl noch Jahrzehnte dauern. Ehrlicherweise hätte schon längst ein Pla-

nungsstopp ausgerufen werden müssen, da die Mittel tatsächlich nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Problem besteht beim Personal. Dies wurde bereits kurz angesprochen. Das Personal erhält zusätzliche Aufgaben; gleichzeitig werden Personalkürzungen vorgenommen. Die Kernwegenetzinitiative kann so nicht durchgeführt werden. Festzuhalten ist, dass durch den Kernwegenetzausbau zusätzliche Aufgaben auf die Ämter für Ländliche Entwicklung zugekommen sind. Die Personalausstattung und die Mittel wurden aber nicht angepasst – ganz im Gegenteil. So kann das nicht weitergehen.

Wir GRÜNEN im Bayerischen Landtag stellen uns schon die Frage, ob der Kernwegeausbau wirklich eine der wichtigsten Aufgaben der Ämter für Ländliche Entwicklung ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die GRÜNEN im Bayerischen Landtag hat der Straßenbau im Moment nicht die erste Priorität. Er ist häufig auch ökologisch nicht sinnvoll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wichtige und sinnvolle Aufgaben sind die Entwicklung der dörflichen Gestaltung, die Erhaltung der Ortskerne und des Dorflebens sowie die Nahversorgung der Bewohner. Die Begleitung der Dorferneuerung sehen wir als Kernaufgabe. Wesentlich ist dabei, gerade nicht die Versiegelung der Flächen zu fördern, sondern lebenswerte Ortskerne, in denen sich unsere Bürger gern aufhalten, zu fördern. Auch die Beratung zur Erhaltung und Sanierung alter Gebäude ist für uns von besonderer Bedeutung. Die Ämter für Ländliche Entwicklung sind damit im Moment ausreichend beschäftigt.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist ein Berichtsantrag. Auch wir wundern uns darüber, dass er zum Plenum eingereicht wurde. Trotzdem ist das ein richtiger Antrag. Zu

befürchten ist, dass weitere Mittel für die Ämter für Ländliche Entwicklung frühestens nach der Verabschiedung des Haushalts 2017/2018 zur Verfügung stehen werden. Trotzdem: Nach gutem Brauch und weil wir den Antrag der FREIEN WÄHLER für richtig halten, werden wir diesem Antrag zustimmen und erwarten den Bericht in den Ausschüssen mit Spannung. Dies hätte man allerdings auch einfacher haben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/10180 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.